

QUARTALSBERICHT

Projektland: Kenia

Quartal/Jahr: I/2012

SCHLAGZEILEN

- 1. Internationaler Strafgerichtshof bestätigt Anklagen gegen vier der sechs Hauptverdächtigen**
- 2. Überraschende Kabinettsumbildung Ende März**
- 3. Weiterhin Unklarheit über Termin der nächsten Wahlen**
- 4. John Michuki und Njenga Karume, zwei Vertraute Kibakis, gestorben**
- 5. Granatenanschlag an Busstation in Nairobi**

Innenpolitik

Ende Januar bestätigte der Internationale Strafgerichtshof (ISG) in Den Haag die Anklagen gegen vier der sechs Hauptverdächtigen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit den gewalttätigen Ausschreitungen nach den Präsidentschaftswahlen Ende Dezember 2007. Somit müssen nun der stellvertretende Premierminister Uhuru Kenyatta und der Chef der öffentlichen Verwaltung und enge Vertraute Kibakis, Francis Muthaura, beide Kikuyus, sowie der Parlamentsabgeordnete William Ruto und der Radiomoderator Joshua arap Sang, beide Kalenjin, davon ausgehen, dass die Strafverfahren gegen sie vor dem ISG eröffnet werden. Die Anklagen gegen den ehemaligen Polizeichef Hussein Ali und gegen den Parlamentsabgeordneten Henry Kosgey wurden aus Mangel an Beweisen fallen gelassen. Nach wenigen Tagen mussten sich Kenyatta und Muthaura dem Druck der kenianischen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft beugen und von ihren Ämtern als Finanzminister bzw. Chef der öffentlichen Verwaltung zurücktreten. Uhuru Kenyatta blieb allerdings weiterhin stellvertretender Premierminister. Während Raila Odinga und andere Vertreter der ODM den Rücktritt der beiden ebenfalls forderten, suchten weite Teile der politischen Elite – einschließlich Präsident Kibaki und seinem Stellvertreter Kalonzo Musyoka – zunächst nach Möglichkeiten, dies zu verhindern. Sie argumentierten, dass ein Rücktritt nicht notwendig wäre, bis über ihren Einspruch gegen die Bestätigung der Anklagen entschieden sei. Letztlich musste allerdings auch Kibaki dem Druck nachgeben und den beiden den Rücktritt nahelegen. Die Berufungskammer des ISG wies schließlich im März den Einspruch der vier Angeklagten ab. Dies war erneut ein herber Rückschlag für Uhuru Kenyatta und William Ruto, da nun der Weg frei ist, die Strafverfahren gegen die beiden zu eröffnen.

Damit wird eine Präsidentschaftskandidatur der beiden immer unwahrscheinlicher, da es logistisch kaum möglich sein wird, einen Wahlkampf zu führen, wenn man jederzeit mit einer erneuten Vorladung vor den ISG rechnen muss. Trotzdem beharren beide nach wie vor noch darauf, kandidieren zu wollen, da kein kenianisches Gesetz sie von einer Kandidatur ausschließen würde. Hierin werden sie nicht nur von den Anhängern in ihren jeweiligen Ethnien, sondern auch von zum Teil hohen Kirchenvertretern bestärkt, die öffentlich für sie beten und in Wahlkampfveranstaltungen oder Stammesversammlungen dazu aufrufen, sie zu unterstützen. Zivilgesellschaftliche Akteure richteten jedoch inzwischen gemeinsam mit intern Vertriebenen eine Petition an die Regierung, in der sie den Ausschluss Kenyattas und Rutos von den Wahlen fordern, da eine Kandidatur dem Kapitel über Führungsstil und Integrität in der neuen Verfassung widersprechen würde.

Auch Präsident Kibaki geriet in den letzten Wochen zunehmend unter Druck, da öffentlich bekannt wurde, dass er vor den letzten Wahlen gemeinsam mit Kenyatta und Muthaura an geheimen Treffen mit Mitgliedern der Kikuyu-Sekte Mungiki teilgenommen hatte, um deren Unterstützung sicherzustellen. Mitglieder der Mungiki-Sekte verübten nach den umstrittenen Wahlen Ende 2007 zahlreiche gewalttätige Angriffe gegen Kalenjins und Luos, die die ODM von Raila Odinga unterstützt hatten. Angeblich sei vor kurzem ein geheimes internes Dokument der britischen Botschaft aufgetaucht, gemäß dessen Großbritannien dem ISG empfehle, Haftbefehle gegen die beiden Angeklagten und Präsidentschaftskandidaten Uhuru Kenyatta und William Ruto zu erlassen und die Verwicklung Kibakis in die Gewalttätigkeiten nach den letzten Wahlen näher zu untersuchen, um dann nach Beendigung seiner Präsidentschaft ebenfalls Anklage gegen ihn erheben zu können. Das Dokument hat zu großer Empörung im kenianischen Parlament geführt. Zahlreiche Rechtschreibfehler im Dokument (u.a. im Namen des britischen Botschafters) legen jedoch die auch von kenianischen zivilgesellschaftlichen Vertretern geäußerte Vermutung nahe, dass es sich bei dem Dokument um eine Fälschung handeln könne. So könnte etwa Uhuru Kenyatta ein Interesse daran haben, Kibaki davon zu überzeugen, selbst auch im Fokus des ISG zu stehen. Damit könnte er bis in höchste Kreise der kenianischen Regierung eine kritische Haltung gegenüber dem ISG und dem Westen im allgemeinen schaffen, die ihn dann darin unterstützen würde, wenn er sich dem ISG widersetzt und nicht mit diesem kooperiert. Die kenianische Führungselite sah es von Beginn an kritisch, dass die Verdächtigen vor dem ISG angeklagt werden sollten, hatte aber zu keinem Zeitpunkt Schritte unternommen, die Verantwortlichen vor einem kenianischen Gericht zur Rechenschaft zu ziehen bzw. ein lokales Tribunal einzurichten. Inzwischen fordern einige Parlamentsabgeordnete bereits, dass Kenia die den ISG betreffenden Abkommen aufkündigt. Großbritannien, stellvertretend für den Westen, wird – untermauert durch das Dokument – unterstellt, sich in innerkenianische Angelegenheiten einzumischen, indem es eine Präsidentschaftskandidatur Uhuru Kenyattas oder Willam Rutos mit aller Macht zu verhindern suche und stattdessen massiv Raila Odinga als Präsidentschaftskandidaten unterstützen würde. Manche Parlamentarier einschließlich Uhuru Kenyatta gehen sogar soweit zu behaupten, die kenianische Zivilgesellschaft wolle mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft die amtierende kenianische Regierung stürzen. In den letzten Wochen ist zunehmend eine Stimmungsmache der Mehrheit der herrschenden politischen Elite,

die ihren Machterhalt gefährdet sieht, gegen kritische Kräfte in der kenianischen Zivilgesellschaft und gegen den Westen zu beobachten.

Raila Odinga unterstützt die Haftbefehle des ISG gegen Uhuru Kenyatta und William Ruto, die zwei seiner wichtigsten Konkurrenten im Kampf um die Präsidentschaft wären. Dass er dies jedoch auch lautstark in der Öffentlichkeit vertritt, hat ihm sowohl in Zentral-Kenia als auch im Rift Valley schwer geschadet, da die dort lebenden Kikuyu bzw. Kalenjin nach wie vor mehrheitlich hinter den beiden angeklagten Präsidentschaftsbewerbern stehen. Ende März stellte sich die Vereinigung (GEMA) der Kikuyu, Embu und Meru geschlossen hinter Uhuru Kenyatta als Präsidentschaftskandidaten und gaben die Wahlempfehlung an die Angehörigen ihrer Volksgruppen aus, sich in den Wahlen als ein Block hinter ihn zu stellen. Um seine Kandidatur sicherzustellen, wollen sie in den nächsten Wochen 2 Millionen Unterschriften sammeln, die die Verschiebung des Strafverfahrens gegen Uhuru Kenyatta vor dem ISG bis nach den Wahlen fordern, und diese dann dem ISG vorlegen. Da es sich um ein laufendes gerichtliches Verfahren handelt, werden die Unterschriften jedoch lediglich die Stimmung gegen den ISG anheizen, ohne aber tatsächlich Aussicht auf einen Aufschub zu haben. Falls Uhuru Kenyatta aufgrund der Anklage gegen ihn doch nicht für die Präsidentschaft kandidieren könnte, einigten sich die Vertreter der drei Volksgruppen in der Zentralprovinz darauf, gemeinsam den derzeitigen Transportminister Amos Kimunya als Vizekandidaten neben einem nicht zu ihren Volksgruppen gehörenden Präsidentschaftskandidaten zu unterstützen. Kimunya würde lediglich als Vizekandidat antreten, da man davon ausgehen kann, dass die Kenianer bei der nächsten Wahl mehrheitlich nicht erneut einen Kikuyu als Präsidenten wählen würden, da dieser bereits der dritte der gleichen Volksgruppe seit der Unabhängigkeit wäre.

Ende März veranlassten Präsident Kibaki und Premierminister Odinga eine Kabinettsumbildung. Auch wenn man grundsätzlich mit dieser rechnen konnte, so überraschte doch, wie plötzlich sie stattfand. Ursache der Kabinettsumbildung waren die Vorgänge um den ISG. Hier wurde insbesondere Justizminister Mutula Kilonzo für Präsident Kibaki und andere in der Regierung zur Gefahr: Kilonzo, der die Prozesse vor dem ISG unterstützte, hatte als erster der Regierung nach der Bestätigung der Anklagen den Rücktritt von Kenyatta und Muthaura sowie deren Ausschluss von einer Präsidentschaftskandidatur gefordert. Ferner hatte er immer wieder Kibaki und das Verhalten der Regierung in diesem Zusammenhang offen kritisiert und auf eine Zusammenarbeit mit dem ISG gedrängt. Um seinen Einfluss zu mindern, wurde Kilonzo von der insbesondere zur Zeit wichtigen Position des Justizministers zum Erziehungsminister degradiert. Neuer Justizminister wurde der junge Eugene Wamalwa, der als loyal gegenüber Kibaki, als Sympathisant von Kenyatta und Ruto sowie als möglicher Kompromisskandidat der G7-Allianz gilt. Wamalwa ist sicherlich der größte Nutznießer der Kabinettsumbildung. Ferner wurde Moses Wetang'ula vom Außenminister zum Handelsminister degradiert. Auch er hatte sich in letzter Zeit immer wieder positiv zu den Verfahren gegen Kenyatta und Ruto vor dem ISG geäußert. Außerdem wurde ihm eine Nähe zur ODM und zu Raila Odinga unterstellt, als dessen Vizekandidat er zeitweise gehandelt wurde. Neuer Außenminister wurde der ehemalige Erziehungsminister Prof. Sam Ogeri, der trotz Korruptionsvorwürfen mit der neuen Position für seine

Loyalität belohnt wurde. Der ehemalige Tourismusminister Najib Balala wurde aus der Regierung entlassen, da er sich aufgrund finanzieller Differenzen mit Raila Odinga überworfen hatte und bereits aus der ODM austreten wollte. Neuer Tourismusminister wurde Danson Mwazo, ein enger Vertrauter Odingas aus dem Osten Kenias. Jamleck Kamau wurde neuer Minister für den Großraum Nairobi. Von ihm erwartet man, dass er den Aufstieg des erfolgreichen und über seinen Wahlkreis in Murang'a hinaus anerkannten Peter Kenneth bremst. Njeru Githae, der kommissarisch das Amt des Finanzministers nach dem Rücktritt Uhuru Kenyattas bekleidete und als Anhänger Kenyattas gilt, wurde als Finanzminister bestätigt. Alle Veränderungen im Kabinett hatten ausschließlich politische Gründe und hingen nicht mit den Leistungen der jeweils versetzten oder abgesetzten Minister zusammen.

Innerhalb der ODM konkurrieren Premierminister und Parteivorsitzender Raila Odinga und sein Vertreter in beiden Funktionen, Musalia Mudavadi, um die Präsidentschaftskandidatur. Während Odinga im wesentlichen nur von seiner eigenen Volksgruppe, den Luo in Nyanza, unterstützt wird, zumal er in letzter Zeit häufig durch aggressive Äußerungen und Angriffe etwa gegen die Justiz aufgefallen ist, genießt der eher ruhige und vermittelnde Mudavadi Unterstützung in den meisten anderen Regionen. Daher sieht Mudavadi derzeit seine Chance, in den Präsidentschaftswahlen erfolgreich sein zu können, sollte er als Kandidat der ODM nominiert werden, obwohl nach der derzeitigen Parteisatzung der ODM eigentlich der Vorsitzende automatisch auch Präsidentschaftskandidat ist. Odinga weiß aber, dass er auf Mudavadi angewiesen ist, wenn er bei Angehörigen anderer Volksgruppen Wählerstimmen bekommen will. Mudavadi könnte bei einer Kandidatur die Unterstützung von Luhyas, Kikuyus und Kalenjins bekommen.

Auch nach dem 1. Quartal 2012 ist lediglich sicher, dass die anstehenden Wahlen nicht im August 2012 stattfinden werden. Das Verfassungsgericht hat entschieden, dass Präsident und Premierminister den Termin für die Wahlen dadurch festlegen können, dass sie die Koalition auflösen; denn dann muss innerhalb von 60 Tagen gewählt werden. Um also den von der Mehrheit der kenianischen Bürger, der Zivilgesellschaft und von Premierminister Odinga befürworteten Termin am 17. Dezember 2012 durchzusetzen, müsste die Koalition Mitte Oktober aufgelöst werden. Die unabhängige Wahl- und Grenzkommision (Independent Electoral and Boundaries Commission, IEBC) empfahl den 4. März 2013 als Wahltermin, der auch von Präsident Kibaki und der Mehrheit der Parlamentarier unterstützt wird. Mutula Kilonzo forderte in seinen letzten Tagen als Justizminister diejenigen Bürger, die gegen einen Wahltermin erst 2013 sind, dazu auf, den juristischen Weg zu beschreiten und Einspruch dagegen einzulegen. Ferner schlug Kilonzo vor, durch eine Verfassungsänderung Wahlen im Dezember bindend vorzuschreiben. Durch diese Äußerungen machte sich Kilonzo bei Präsident und den meisten Regierungsmitgliedern weiter unbeliebt. Es wäre nicht überraschend, wenn die nächsten Wahlen erneut verschoben würden und dann erst im August 2013 stattfänden, da dies dann wieder im Einklang mit der neuen Verfassung stünde, die den zweiten Dienstag im August (alle 5 Jahre) bindend vorgibt, aber für die erste Wahl unter der neuen Verfassung kein festes Jahr nennt.

Derzeit bemühen sich alle Parteien, die an den nächsten Wahlen teilnehmen wollen, den vom neuen Parteiengesetz bis zum 1. Mai 2012 geforderten Nachweis zu erbringen, dass sie die notwendigen Voraussetzungen erfüllen. Dazu gehören die Durchführung parteiinterner Wahlen sowie mehr als tausend Mitglieder in mindestens 24 Counties. Mehr als 10 Parteien haben ihre Unterlagen bereits eingereicht. NARC-Kenya unter Leitung von Martha Karua ist die erste Partei, die die Voraussetzungen erfüllt und sich registrieren lassen konnte. Viele der traditionell ethnisch ausgerichteten Parteien, die bislang lediglich als Vehikel ihrer Führungsperson dienen, werden Schwierigkeiten haben, in 24 verschiedenen Counties eine ausreichende Anzahl Mitglieder zu finden. Ob die Parteien, die die Voraussetzungen nicht erfüllen, sich letztlich doch registrieren lassen können, bleibt abzuwarten, da das Parteiengesetz in anderer Hinsicht auch ständig gebrochen wird: Viele Abgeordnete, die für eine bestimmte Partei im Parlament sitzen und ihren Sitz auch nicht abzugeben beabsichtigen, geben offen bekannt, dass sie für eine andere Partei bei den anstehenden Wahlen antreten werden. Dies widerspricht dem Parteiengesetz.

Die Umsetzung der neuen Verfassung verläuft aufgrund mangelnden politischen Willens oft schleppend. Manche der Gesetzentwürfe sind absichtlich schlecht verfasst, einige stehen nicht im Einklang mit der Verfassung, andere Verfassungsentwürfe werden bis zu ihrer Verabschiedung im Parlament zunehmend verwässert. Dies ist eine Möglichkeit, die neue Verfassung auch noch im Nachhinein zu bekämpfen. Es gibt jedoch auch positive Veränderungen: So wurde – basierend auf der neuen Verfassung – die stellvertretende oberste Richterin, Nancy Barasa, vom Präsidenten ihres Amtes enthoben bzw. zwangsbeurlaubt, nachdem sie das Sicherheitspersonal in einem Einkaufszentrum bedroht hatte, als dieses sie kontrollieren wollte.

Nach Annahme der neuen Verfassung sollten die Entwicklungsfonds der Wahlkreise (Constituency Development Funds, CDF) im dezentralisierten Regierungssystem ganz abgeschafft werden, da sie im Widerspruch zur Gewaltenteilung stehen: Parlamentarier können nicht objektiv Ausgaben der Regierung überwachen, wenn sie zugleich für die Verwendung der CDF verantwortlich sind. Nun ist jedoch geplant, sie doch beizubehalten und so zu verändern, dass sie im Einklang mit der neuen Verfassung stehen. Dazu solle ein Gesetzentwurf im Parlament eingebracht werden, der den direkten Einfluss der Parlamentarier auf die CDF ausschließt und den Gemeinden über die Regierungen der Counties mehr Mitbestimmung gewährt.

Im Februar starben binnen einer Woche Umweltminister John Michuki und Njenga Karume, der in der vorangegangenen Legislaturperiode unter Kibaki Minister für spezielle Programme war. Beide Politiker waren über Jahrzehnte enge Vertraute von Präsident Kibaki. Michuki bereitete nach den letzten Wahlen den Weg für die Koalition von Kibakis PNU mit Kalonzo Musyokas ODM-Kenya. In der vorangegangenen Legislaturperiode bekämpfte er als Minister für innere Sicherheit intensiv die Mungiki-Sekte. Dieser Kampf wurde auch von der Mehrheit der Bevölkerung in der Zentralprovinz unterstützt, die ebenfalls unter den Mungiki zu leiden hatte. Als Parlamentsabgeordneter setzte sich Michuki sehr für Entwicklungsprojekte in seinem Wahlkreis ein. Ferner galt er immer als einer der wenigen der politischen Elite, die nicht korrupt waren. Karume war zwar in den letzten Jahren Unterstützer der ODM von

Raila Odinga in Zentral-Kenia, hatte aber 1991 mit Kibaki gemeinsam die DP gegründet. Nach dem Tod von Karume muss sich nun Raila Odinga einen neuen starken Unterstützer in Zentral-Kenia suchen, wenn er auch dort Wählerstimmen in den anstehenden Wahlen gewinnen will.

Korruption

Die neue Ethik- und Antikorruptionsbehörde (EACC) hat nach 6 Monaten noch immer keine Leitung. Die einzigen bislang vorgeschlagenen Personen wurden vom Parlament mit der Begründung abgelehnt, dass sie nicht engagiert genug gegen Korruption vorgehen würden. Es stellt sich heraus, dass einer der Kandidaten früher selber in einen Korruptionsskandal verwickelt war.

Der inzwischen versetzte ehemalige Justizminister Mutula Kilonzo kritisierte das neue Ethik- und Antikorruptionsgesetz als „zahnlosen Tiger“, da das Gesetz im Parlament nach Bestechung durch einige Abgeordnete in entscheidenden Klauseln so abgeschwächt worden sei, dass die EACC nun entgegen der ursprünglichen Absicht keine Möglichkeit der Strafverfolgung und intensiven Untersuchung von Fällen mehr hätte. Kilonzo hatte geplant, im Parlament Verbesserungen am Gesetz zu erwirken. Sollte das Parlament keine Änderungen vornehmen, forderte er die Bürger auf, gegen das Gesetz zu klagen. Dies konnte Kilonzo aufgrund seiner Absetzung als Justizminister nicht mehr weiterverfolgen.

Sicherheit

Am 10. März 2012 wurden bei einem Granatenanschlag an einer Busstation in Nairobi 6 Menschen getötet und mehr als 60 weitere Personen zum Teil schwer verletzt. Bedenklich aus Sicherheitsaspekten ist, dass die kenianischen Sicherheitskräfte sehr lange brauchten, bis sie am Tatort in Nairobi eintrafen und dass der Anschlag aus einem fahrenden Auto Sicherheitsvorkehrungen fast unmöglich macht. Dies war der dritte Anschlag in Nairobi und der sechste in Kenia seit Beginn des Einmarschs der kenianischen Armee in Somalia. Es wird vermutet, dass die radikal-islamische Terrormiliz Al-Shabaab hinter dem Anschlag steckt, auch wenn sie sich nicht offiziell zu diesem bekannt hat. Al-Shabaab hat inzwischen einen Jihad, einen heiligen Krieg, gegen Kenia erklärt und gedroht, die Angriffe gegen Kenia und andere in Somalia kämpfende Nationen auszuweiten. Auch mit Hilfe von Al-Qaida sollen weitere Anschläge auf kenianischem Boden verübt werden. Inzwischen wurden die kenianischen Truppen in die Truppen der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) integriert. Ein Ende des Krieges in Somalia ist nicht absehbar, auch wenn geplant ist, diesen bis Ende Oktober zu beenden, falls bis dahin ein stabiler Frieden hergestellt werden konnte.

Der Mombasa Republican Council (MRC), der die Abspaltung der Küstenregion von Kenia wegen angeblicher jahrelanger Benachteiligung fordert, wurde 2009 von der kenianischen Regierung als kriminelle Vereinigung geächtet. Nun sucht die Vereinigung den Dialog mit der Regierung, um als legale Organisation anerkannt zu

werden und ein Referendum über die Selbstbestimmung durchführen zu können. Ende März verübten Angehörige des MRC einen Anschlag auf ein Wahllokal in Malindi, als dort eine Testwahl durchgeführt wurde, um eventuelle organisatorische oder logistische Schwierigkeiten zu erkennen, die das Wahlsystem der anstehenden Wahlen etwa aufgrund der 6 verschiedenen Abstimmungen am gleichen Tag mit sich bringen könnte.

Der oberste Polizeikommissar Kenias, Mathew Kirai Iteere, fordert die Festnahme von Politikern, die auf Wahlkampfveranstaltungen Hassreden führen oder zu Gewalttätigkeiten aufrufen, um so die Sicherheit vor und nach den kommenden Wahlen zu gewährleisten und eine Wiederholung der Ausschreitungen, wie sie 2007/ 2008 stattfanden, zu verhindern.

Wirtschaft

Die Preise für Grundnahrungsmittel sind in den vergangenen Wochen aufgrund ungünstiger Wetterbedingungen und einer Krankheit an den Maispflanzen im Rift Valley erneut gestiegen. Um den Hunger mittelfristig zu bekämpfen, ist zukünftig der kommerzielle Anbau von Nutzpflanzen mit biotechnologischen Methoden geplant. .

Markus Baldus

Projektleiter

IMPRESSUM

Erstellt: 05.04.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2012

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de